

## Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.07.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:15 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Richard Woldmer

### ANWESENDE:

#### SPD

Ratsherr Richard Woldmer  
Beigeordneter Bernd Bornemann  
Ratsherr Richard Janssen  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Ihno Slieter

#### CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz (bis 18.00 Uhr)  
Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Hinrich Odinga

#### FDP

Beigeordneter Erich Bolinius  
Beigeordnete Hillgriet Eilers  
Ratsherr Franz Melles

### Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen  
Ratsherr Bernd Renken

### Beratende Mitglieder

Herr Jannes de Boer  
Herr Horst von Fehren  
Herr Johann Janssen

### Von der Verwaltung

FB-Leiter 300 Patrick de La Lanne  
FDL 361 Andreas Docter  
FDL 362 Rainer Kinzel  
Stellv. FDL 361 Ulrich Fortmann  
Protokollführerin Elke Bokker

### Als Gäste

Frau Fauerbach-Geiken, Planungsbüro Ländlicher Raum  
Frau Uphoff, Landwirtschaftlicher Hauptverein (LHV)  
Herr Faida, NLWKN  
Herr Wunder, Entwässerungsverband Emden  
Herr Wilken, Entwässerungsverband Moormerland  
Herr Schramm, NABU

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.07.2005**

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Woldmer** begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die anwesende Presse, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Unter dem Punkt „Feststellung der Tagesordnung“ begrüßt **Herr Woldmer** für den LHV Frau Uphoff, für den NLWKN Herrn Faida und für die Entwässerungsverbände Herrn Wunder und Herrn Wilken, die sich zum Tagesordnungspunkt 9, „Vortrag zum Thema Natura 2000“ zu Wort melden können.

Ferner weist **Herr Woldmer** darauf hin, dass nicht die Vorlage Nr. 14/1637-01, TOP 6 „Dorf-erneuerung Wybelsum/Logumer Vorwerk“ zu beschließen ist, sondern die Vorlage 14/1637-02.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift

**Herr Woldmer** weist darauf hin, dass es in der Niederschrift Nr. 46, Seite 5, 2. Absatz zur Vorlage Natura 2000 nicht heißen muss „Herr Bornemann dementiert .... und ... Die SPD-Fraktion“ sondern „Herr Bongartz dementiert ... und Die CDU-Fraktion.“

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift Nr. 46 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 16.06.2005 einstimmig genehmigt.

**Punkt : 4** Verpflichtung beratender Mitglieder

Für den Stadtentwicklungsausschuss wird **Herr Horst von Fehren** als Beratendes Mitglied verpflichtet.

**Punkt : 5** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

**Herr Friedrich Hamer** möchte wissen ob es möglich ist, die Stellungnahme des Landkreises Aurich zum Thema Natura 2000 zu erhalten und ob die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses die zur Rede stehenden Flächen in Augenschein genommen haben.

**Herr Docter** teilt mit, dass der Stadt Emden die Stellungnahme des Landkreises Aurich nicht vorliege. Die zur Rede stehenden Flächen seien der Verwaltung sowie auch den Fraktionen bekannt.

**Punkt : 1** B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 6** Vorlage 14/1637-02  
Dorf-erneuerung Wybelsum/Logumer Vorwerk

**Frau Fauerbach-Geiken** von der Planungsgruppe Ländlicher Raum stellt die von ihrem Büro entwickelte Umgestaltung anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Sie erläutert, dass von

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.07.2005**

den der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von insgesamt 100.000,-- Euro ca. 75 m der Kloster-Langen-Straße ausgebaut werden könnten. Hierbei handelt es sich um den im südlichen Teil gelegenen Abschnitt in Höhe der Schule Wybelsum, um hier als erstes der Verbesserung der Verkehrssicherung nachkommen zu können. Die weiteren Etappen sollen dann jeweils nach und nach erfolgen, so wie es die Haushaltslage zulasse.

**Herr Docter** teilt ergänzend mit, dass diesem Beschluss vom Verwaltungsausschuss bereits am 11.07.2005 zugestimmt worden sei. Außerdem habe man in einer Bürgerversammlung am 07.07.2005 die Bürger ausführlich informiert. Wichtig sei es, den ersten Schritt zu tun, alles Weitere werde sich dann ergeben.

**Herr Odinga** erklärt, dass man dem Ausbau der Kloster-Langen-Straße größtes Interesse entgegenbringe. Man habe großes Glück gehabt, dass man noch in 2005 mit dem Ausbau beginnen könne. Auch er sei der Meinung, dass vordringlich der Ausbau im Teilbereich vor der Schule und dem Kindergarten nötig sei. Seine Fraktion zeige sich sehr erfreut darüber, dass die Dorferneuerung jetzt vorangehe und er bittet die anderen Fraktionen der Beschlussvorlage ebenfalls zuzustimmen.

Auch **Herr Bornemann** schließt sich dem an. Er bittet aber die Verwaltung, die von den Bürgern in der Versammlung gemachten Anregungen zu überdenken und ggfs. mit aufzunehmen.

**Herr Bolinius** weist darauf hin, dass es seine Fraktion gewesen sei, die seinerzeit den Vorschlag gemacht habe, die Umgestaltung der Kloster-Langen-Straße an der Schule zu beginnen. Dass dies jetzt umgesetzt werde, dafür bedanke er sich bei der Verwaltung.

**Frau Eilers** fragt an, ob es nicht günstiger sei, mit eigenen Mitteln ein Bushäuschen zu errichten.

**Herr Buisker** möchte wissen, ob es für die 30er Zone nicht besser sei, eine Mitteltrennung in die Fahrbahn aufzunehmen. Als Beispiel nennt er den Steinweg.

**Herr Docter** erklärt, dass man mit einem Selbstbau des Bushäuschens vorsichtig sein müsse, denn hier gelte es, die Vorschriften des GUV und des TÜV einzuhalten. Die im Handel angebotenen Bushäuschen seien bereits durch beide geprüft und daher sei es besser, diese fertig zu bestellen.

Im hinteren Teil des Steinweges habe man eine 50er Zone, daher habe man dort eine Trennung. Dies sei für die Kloster-Langen-Straße nicht nötig, da man dort eine 30er Zone habe.

**Herr Melles** gibt zu bedenken, dass von der in der Kloster-Langen-Straße geplanten Pflasterung seiner Meinung nach starke Rollgeräusche ausgingen. Er hoffe, dass dies den Anwohnern mitgeteilt worden sei, um späteren Beschwerden vorzubeugen.

**Frau Fauerbau-Geiken** sind diese Bedenken bekannt. Sie weist noch einmal darauf hin, dass es sich hier um eine 30er Zone handele, außerdem plane man bei Dorferneuerungen keine Straßen mit Bitumendecken, um keine vollflächige Versiegelung zu erhalten. Nach ihrer Erfahrung werden sich die Rollgeräusche nicht wesentlich ändern.

### Beschluss:

- 1) Der von der beauftragten Planungsgruppe LÄNDLICHER RAUM vorgelegten Planung der Umgestaltung der Kloster-Langen-Straße, der Betteweherstraße und des Deichparallelweges im Bereich der Schule, der Bushaltestelle, der Feuerwehr und der „Schöfelwiese“ wird zugestimmt.

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.07.2005**

- 2) Als Erstmaßnahme wird davon die Umgestaltung der Kloster-Langen-Straße im Bereich des Kindergartens und der Schule bis zur Einmündung der Geerdswehrstraße im Rahmen der erwarteten Förderung in Höhe von 100.000,-- € durchgeführt.
- 3) Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung im Stadtentwicklungsausschuss am 12.07.2005

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/1796-00  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 148 (Stadtteil Uphusen, Osterhörn);  
Einleitungsbeschluss (Stadium I);  
Frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (Stadium I)

**Herr Fortmann** führt zu der Vorlage aus, dass hier eine Wohnform für ältere Bewohner geschaffen werden soll. Es handele sich hierbei um ein Gebäude mit vier und ein Gebäude mit drei Wohneinheiten zu je ca. 70 m<sup>2</sup> auf einer Fläche von insgesamt 1.900 m<sup>2</sup>, wobei die Gesamtfläche ca. 3.800 m<sup>2</sup> groß sei. Hervorzuheben sei hier, dass man bemüht sei, den dort vorhandenen alten Baumbestand möglichst zu erhalten.

**Herr Bongartz** spricht sich für seine Fraktion für dieses Projekt aus und ist der Meinung, dass dies eine gute Verbesserung der zurzeit vorhandenen Situation darstelle. Wohnungen für ältere Menschen würden gerade in Emden benötigt werden.

**Frau Eilers** schließt sich dieser Meinung an.

**Herr Bornemann** möchte darauf hinweisen, dass es sich hier um das Stadium I handele und macht deutlich, dass hierüber noch kein endgültiger Beschluss zu fassen sein könne. Hiermit müsse sich dann der Ausschuss zu gegebener Zeit noch intensiver befassen. Gegen die zur Rede stehende Beschlussvorlage habe er keine Bedenken.

**Herr Renken** ist über dieses Projekt auch sehr erfreut und kann dies nur begrüßen. Diese Bebauung stelle eine gute Ausnutzung der örtlichen Gegebenheit dar. Obwohl eine Beteiligung der Bürger und der Träger Öffentlicher Belange noch anstehe, spricht auch er sich für dieses Vorhaben aus.

**Herr Docter** weist noch darauf hin, dass es sich bei dem Investor der Anlage um eine Uphuser Familie handele, der das Wohl älterer Mitbürger sehr am Herzen liege.

Beschluss: Das Bauleitplanverfahren für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes D 148 wird eingeleitet.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : II MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 8 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### **8.1**

**Herr Docter** teilt mit, dass die Planung Hof Ohling zum Stillstand gekommen sei, da sich der Grundstückseigentümer und der Landwirt getrennt hätten. Das Verfahren werde erneut in Gang gesetzt, wenn es einen neuen Investor gebe.

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.07.2005**

### **8.2**

**Herr Kinzel** gibt bekannt, dass in der Zeit vom 15. Juli bis zum 30. September 2005 der Teekabfuhrweg sowie der dort vorhandene Lehrpfad wieder geöffnet seien. Hierzu habe er an die Ausschuss-Mitglieder den Prospekt „Gänse ganz nah am Wasser“ verteilt.

### **8.3**

**Herr Kinzel** macht mit dem verteilten Prospekt „Heizspiegel“ auf ein neues Projekt der Verwaltung zum Thema Klimaschutzkampagne – Einsparung von CO<sub>2</sub> aufmerksam. Diese Kampagne richte sich an Mieter und Eigentümer von Gebäuden. Hierzu seien auch u. a. kleine Spots im ZDF zu finden und es habe ebenfalls eine Presseveröffentlichung stattgefunden. Emden wurde bei dieser Kampagne ausgewählt, Bürgerinnen und Bürger der umliegenden Gemeinden könnten sich aber auch hieran beteiligen. Hierbei sei Ziel der Kampagne auf die eventuellen Schwächen der Gebäude hinzuweisen, was allerdings nur als erster Hinweis zu werten sei. Eine Beratung zur Umsetzung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Wärmedämmung an Gebäuden könne man bei den entsprechenden Stellen bekommen. Weiterhin sei das Projekt auch im Internet beschrieben. Hier gebe es auch Hinweise über Fördermittel.

### **8.4**

**Herr Kinzel** teilt mit, dass die Landesregierung dem Ökowerk für das kommende Jahr erneut eine volle Lehrerstelle zur Verfügung gestellt habe, die sich, wie bisher, die drei vor Ort tätigen Lehrkräfte teilen.

### **Punkt : 9** Vortrag NLWKN zum Thema „Natura 2000“

**Herr Faida** weist darauf hin, dass der Sachverhalt bereits eingehend von **Herrn Kinzel** in der letzten Ausschusssitzung erläutert worden sei, daher wolle er hier keine Einzelheiten mehr aufzeigen, sondern konkret werden.

Die grundsätzliche Thematik sei bekannt. Es gehe um die Sicherung wertvoller Teile von Natur und Landschaft sowie um die Sicherung des Bestandes von Tieren und Pflanzen. Hierzu habe der NLWKN die Städte und Landkreise abgefragt, um eine Abstimmung über das geeignete Instrument zu erhalten.

In Emden gehe es bei den Natura 2000-Gebieten hauptsächlich um Vogelschutzgebiete. Alle Gebiete in Emden seien, so Herr Faida, als Rastgebiete interessant und daher erhaltenswert für die Rastvögel. Daneben gebe es aber auch andere Elemente wie z. B. die Schilfstreifen, die für die Brutvögel von Wichtigkeit seien. Diese Strukturen müssten erhalten bleiben. Die Frage sei hier, welches Mittel für den Erhalt geeignet sei. Grundsätzlich wende man das mildeste Mittel an. An erster Stelle stehe hier der Vertragsnaturschutz, wie z. B. im Bereich Großes Meer. Wenn genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stünden, kämen dann weitere Gebiete hinzu. Als wichtig sei hierbei auch herauszustellen, dass genügend Grünlandanteile verblieben. Daher müsse man mit den Landwirten gemeinsam zu einer Lösung kommen.

Das Programm „Nordische Gastvögel“ solle weiterhin beim NLWKN bleiben.

**Frau Uphoff** fragt an, ob denn hier im Augenblick überhaupt Handlungsbedarf, die Vogelschutzgebiete nochmals unter Schutz zu stellen, bestehe. Sie interpretiere die FFH-Richtlinie dahingehend, dass bis 2011 **kein** Handlungsbedarf bestehe.

**Herr Faida** erwidert darauf, dass er dies nicht bestätigen könne.

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.07.2005**

Im übrigen solle nur in Abstimmung mit den Eigentümern über Unterschutzstellung abgestimmt werden. Manchmal sei es seiner Meinung nach besser Landschaftsschutzgebiete auszuweisen und keine Naturschutzgebiete daraus zu machen. Ein Instrument aus beidem sei für ihn auch denkbar. Alles sei aber abhängig auch von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. Weiterhin gibt es zu bedenken, dass die Verträge lediglich über 5 Jahre geschlossen werden könnten. Hierbei könne auch ein Flächenteppich entstehen.

**Herr Schramm** unterstützt für den NABU den Vertragsnaturschutz, wenn die Auflagen definiert werden. Es dürfe keine Verschlechterung eintreten, sonst sei der Schutzsinn nicht gewährleistet. Es sei nicht gut, dass die Verträge jeweils nur über 5 Jahre geschlossen würden. Er sei der Ansicht, dass ein 10-Jahres-Vertrag besser wäre. **Herr Schramm** spricht sich noch einmal für den Landschaftsschutz aus, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass die Auflagen genau festgelegt werden müssen.

**Herr Wunder und Herr Wilken** sehen die Hauptaufgabe der Entwässerungsverbände darin, die Gewässer zu erhalten. Man habe sich bei der Unterhaltung nach Fristen zu richten, daher sei es aus ihrer Sicht besser, sich für den Vertragsnaturschutz auszusprechen. Man dürfe den Naturschutz nicht zu hoch hängen, da sonst ein Zuwachsen der Gewässer eventuell nicht verhindert werden könne.

**Herr Faida** sieht kein Problem darin, den Arbeitsablauf vertraglich zu sichern. An erster Stelle stehe für ihn der Status Quo, gebe es hier eine Verbesserung, sei dies noch besser. Im einzelnen könne man über Details flexibel abstimmen.

**Herr Odinga** betont, dass die Vielfalt an schützenswerten Tieren und Pflanzen darauf zurückzuführen sei, wie die Landwirte arbeiten und dies auch weiterhin tun. Probleme bereiten die Vögel auf den Weizenfeldern. Hier werde manchmal die gesamte Saat abgefressen und es entstünden Kosten in Höhe von bis zu 300,-- Euro. Dies wollten die Landwirte bezahlt haben, dann werde man auch die Vögel nicht vertreiben. Die Gänse am Großen Meer haben bereits weite Teil der Schilfflächen dezimiert, so dass sich die andere Vogelwelt hier zurückziehe. Er spreche sich an dieser Stelle ebenfalls für den Vertragsnaturschutz aus.

**Herr Faida** weist darauf hin, dass die für Emden zur Rede stehenden Flächen in der Größe sehr begrenzt seien. Er verweist deshalb darauf, dass es wichtig sei zu sehen, was z. B. der Landkreis Aurich beschließe. Gespräche mit anderen Landkreisen und Städten seien noch nicht abgeschlossen. Der NLWKN könne nur beraten.

Am Großen Meer seien keine Rastvögel anzutreffen, sondern hier handele es sich um Graugänse, durch die sich aber andere Schilfbewohner nicht vertreiben ließen. Aufgrund der vielen Gänse sei es wichtig, das Programm „Nordische Gastvögel“ auch weiterhin aufrecht zu erhalten.

**Herr de Boer** gibt an, dass er ein Gespräch mit dem Landrat Theuerkauf und Herrn Puchert geführt habe. Hierbei habe er erfahren, dass der LK Aurich sich für den Vertragsnaturschutz ausspreche. Er sei der Meinung, dass der NLWKN eine entsprechende Stellungnahme vorliegen müsse. Eine Ausweisung als Naturschutzgebiet sei auch seiner Ansicht nach nicht erforderlich. Interessant sei es außerdem zu erfahren, wer einen entsprechenden Ausgleich bei Regressansprüchen der Landwirte zu zahlen habe.

**Herr Renken** zeigt sich überrascht über einige Aussagen. Es gehe hier auch um die Frage, ob die Stadt als Kommune von der EU in Regress genommen werde. Weiterhin sei zu klären, welche Instrumente beim Vertragsnaturschutz angesetzt werden würden und ob die Verträge eingehalten würden. Wenn das Land die Kosten trage, wie sehe es dann mit den

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.07.2005**

Verfahrenskosten aus. Wer sei Kostenträgerin, wenn es um die Ausweisung zum Naturschutz gehe, wobei über die Sicherung und den Erhalt erst gesprochen werden müsse. Wie solle hier die Nachhaltigkeit und Sicherung gewährleistet werden?

**Herr Faida** ist der Meinung, dass Chancen in dem Vertrag liegen. Er weist in diesem Zusammenhang auf das Gebiet am Fehntjer Tief hin. Hier seien die Tiere, auf die es ankomme und die für die Landschaft prägend seien, nicht geringer geworden, sondern erhalten geblieben. Es zeige sich, dass die dort getroffenen Maßnahmen Hand und Fuß hätten.

Die Vogelschutzrichtlinie sage nur etwas über den Erhalt der dort lebenden Vögel aus. Solange hier nicht hinreichend gesichert werde, seien Verträglichkeitsprüfungen gefordert. Diese Richtlinie sei national umgesetzt worden.

In 6 Jahren erwarte man erst einen Bericht über den Kontrollzustand. Dies werde über Bund und Land in den Kommunen landen, wenn es zu einem Regressanspruch in Bezug auf die Erfüllung komme. Kontrolle führe hier z. B. das AfA durch.

Zu den Vertragsverlängerungen sei zu sagen, dass eine Zeitspanne von 5 Jahren überschaubar sei, auch was den Haushalt angehe. Für eine längerfristige Sicherung sei dies allerdings unbefriedigend.

Wolle man sich für den Naturschutz aussprechen, so liege die Verantwortlichkeit noch bis zum Jahre 2008 beim Land, danach werde diese an die Kommunen weitergegeben. Hierzu sei außerdem zu sagen, dass die Ausweisung als Naturschutzgebiet sehr aufwendig sei und seiner Meinung nach hier nicht erforderlich werde. Daher sei er der Meinung, dass die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten ausreichend sei.

**Herr Odinga** ist der Ansicht, dass man prüfen solle, ob die Durchsetzung auch auf Landes-eigentumsflächen machbar sei, z. B. bei Flächen der Domänenverwaltung.

**Herr Docter** führt zurück zu dem eigentlichen Beschluss der Vorlage, die im letzten Stadtentwicklungsausschuss vorgetragen wurde. Es gehe bei der Abstimmung zunächst lediglich um den Weg, der von der Verwaltung beschritten werden solle. Darüber solle dann auch der VA nach den Sommerferien entscheiden. Die heutige Ausschusssitzung habe lediglich den Zweck verfolgt, genügend Information in die Fraktionen zu geben, da man die Politik über den einzuschlagenden Weg entscheiden lassen wolle.

**Herr Renken** gibt die Anregung, über eine eventuelle Alternative nachzudenken, die für ihn aus der Kombination NSG und LSG bestünde. Wichtig sei ihm festzulegen, wann das jeweils gesteckte Ziel erreicht werde.

### **Punkt : 10 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"**

**Herr Fortmann** teilt mit, dass es zurzeit nicht viel zu berichten gebe. Für den 13. Juli 2005 stünden die Beiratswahlen an, über deren Ergebnis man sicher schon aus der Presse erfahre.

**Herr von Fehren** bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich für die von **Herrn Fortmann** für den Stadtteil Barenburg und dem Beirat geleistete Arbeit. Auch dem Rat und der Verwaltung wolle er seinen Dank aussprechen für die bisher geleistete gute Zusammenarbeit.

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.07.2005**

Für den Glaspalast möchte er die Bitte äußern, dass die Verwaltung sich noch einmal dafür stark mache, Möglichkeiten zu finden, wenigstens eines dieser beiden Gebäude zu beseitigen.

### **Punkt : 11**      Anfragen

#### **11.1**

**Herr Buisker** fragt an, wann mit dem weiteren Ausbau der Straßen im Stadtteil Friesland zu rechnen sei.

**Herr Docter** sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführerin:

Nach Auskunft des BEE ist beabsichtigt, im Stadtteil Friesland den Rest der Langeogstraße bis zum Wendepunkt in Richtung Petkumer Straße zu erneuern. Die Bauarbeiten sind für das letzte Quartal 2005 vorgesehen. Dabei sollen der komplette Straßenkanal und die Straße erneuert werden.

#### **11.2**

**Herr Odinga** fragt für einen betroffenen Bürger an, warum man bei einigen Grundstücken im Stadtteil Conrebbersweg die Bebauung in 2. Reihe ablehne.

**Herr Docter** teilt hierzu mit, dass in einigen Bereichen der Siedlung Conrebbersweg eine rückwärtige Bebauung nach § 34 BauGB nicht zulässig sei. An anderer Stelle in diesem Stadtteil sei dies durchaus möglich. Hier müsse man sich im Einzelfall bei der Bauaufsicht erkundigen.

#### **11.3**

**Herr Bolinius** zeigt sich ungehalten über die Tatsache, dass er erst aus der Presse den neuen Stand zur Ansiedlung der Fa. BARD auf dem Rysumer Nacken erfahren habe. Er bitte doch die Verwaltung, hierüber vor Mitteilung an die Presse die entsprechenden Ausschüsse zu informieren.

**Herr de La Lanne** führt dazu an, dass der Pressebericht Gegenstand einer telefonischen Anfrage der Zeitung gewesen sei. Im übrigen habe man den Stadtentwicklungsausschuss stets umgehend über den Sachstand auf dem Laufenden gehalten. Dies werde von der Verwaltung auch weiterhin so gehandhabt.